

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.9 - 60. Jahrgang

30. April 2010

## Familienfeste der SPD am 1. Mai

**Am 1. Mai lädt die SPD wieder zu einer Reihe von Familienfesten. Sie bieten Raum für Gespräche mit Senatorinnen und Senatoren, Abgeordneten und Bezirkspolitikern.**

**Marzahn-Hellersdorf:** Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt lädt die SPD Marzahn-Hellersdorf von 15 bis 18 Uhr zum Maifest in den Garten des Nachbarschaftszentrums, Kastanienallee 53-55, 12627 Berlin.

**Pankow:** Gleich drei Kinder- und Volksfeste organisiert die Pankower SPD am 1. Mai zwischen 14 und 18 Uhr. Sie finden statt im Bürgerpark in Pankow (Zufahrt über die Cottastraße), im Schlosspark in Buch (Zufahrt über die Straße Alt-Buch) und auf den Werneuchener Wiesen in Prenzlauer Berg (Zufahrt über die Danziger Straße).

**Treptow-Köpenick.** Ihr traditionelles 1. Maifest mit Polittalk, der Jule-Manger-Jazz-Band, Getränke-, Imbiss-, Kuchenangeboten und Kinderspielen veranstaltet die SPD von 14.00 bis 17.00 Uhr im Treptower Park zwischen Zenner und Rosengarten.

**Steglitz-Zehlendorf.** Tanz im Mai, ab 19.00 Uhr, es spielt Poisson Ivy, Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V., Pacelliallee 61, 14195 Berlin

## 8. Mai: Tempelhofer Park wird eröffnet

Unter dem Motto „Bewegungsfreiheit“ wird am Morgen des 8. Mai 2010 der Tempelhofer Park geöffnet. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer lädt die Berlinerinnen und Berliner zu einer Entdeckungstour auf das ehemalige Flughafengelände in Tempelhof ein. Die Berliner SPD und die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses werden mit zahlreichen Aktionen vertreten sein. Auf der „Infomeile“ bieten sie einen Infostand mit „Bürgercafé“ und laden zum Gespräch. Mehr unter [www.spd-berlin.de/tempelhofer-park](http://www.spd-berlin.de/tempelhofer-park). □

1. Mai:

## „Fairness am Arbeitsmarkt!“

SPD ruft zur Teilnahme an DGB-Demonstration auf

**Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an der Maidemonstration des DGB vom Wittenbergplatz zum Brandenburger Tor auf. Mit Klaus Wowereit, Michael Müller und Wolfgang Thierse nehmen prominente Berliner Sozialdemokraten am Demonstrationszug teil.**

„Angesichts einer schwarz-gelben Politik, die unsichere Arbeitsverhältnisse fördert, Befristungen bei Arbeitsverträgen weiter ausbauen will und einen gesetzlichen Mindestlohn verweigert, will die Berliner SPD am 1. Mai mit einer starken Beteiligung an den Gewerkschaftsaktionen ein Signal setzen“, erklärte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. „Ich rufe alle Berliner SPD-Mitglieder auf, am 1. Mai dabei zu sein.“ Gute Arbeit, gerechte Löhne und ein starker Sozialstaat - dafür kämpft der DGB am 1. Mai. Die SPD stehe dabei an der Seite der Gewerkschaften, so Müller.

Die SPD setzt sich für eine Begrenzung der Leiharbeit, für mehr Mitbestimmung, flächendeckende Mindestlöhne und einen sozialen Arbeitsmarkt ein. Der DGB warnt in seinem Aufruf: „Die Krise ist noch nicht vorbei. Gewerkschaften und Betriebsräte



Viele Berliner SPD-Mitglieder werden - wie hier beim 1. Mai 2009 - am Demonstrationszug teilnehmen.  
Foto: Horb

haben maßgeblich dazu beigetragen, dass bislang ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte.“ Nun komme es darauf an, dass der Staat in der Lage bleibt, unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu stabilisieren.

➔ Treffpunkt der Berliner SPD zur Maidemonstration ist um 9.30 Uhr an der Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung An der Urania. Die Kundgebung findet am Brandenburger Tor statt.

## Kein Platz für Nazis

Protest gegen geplanten Aufmarsch in Prenzlauer Berg

**Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse hat in einem Beitrag für die Berliner Seiten des Vorwärts dazu aufgerufen, dem Rechtsextremismus entgegenzutreten und eine Instrumentalisierung des 1. Mai durch Neonazis nicht einfach geschehen zu lassen.**

Thierse: „Der 1. Mai als Feiertag geht zurück auf die Traditionen der emanzipatorischen Arbeiterbewegung des 19. und des 20. Jahrhunderts und steht damit für die Idee von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. In diesem Sinne wird der 1. Mai als „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerverständigung und Menschenwürde“ beschrie-

ben. Wenn nun Neonazis in Berlin „ihren“ 1. Mai begehen möchten, so ist dies nicht

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER  
STIMME ERSCHEINT IN 3 WOCHEN, AM 22.  
MAI.

IHRE REDAKTION

mehr als die perfide Instrumentalisierung dieses Feiertages für ihre reaktionären Ziele. Es ist der Missbrauch eines demokratischen Rechts zu antidemokratischen Zwecken.“ Ein breites Bündnis ruft zum Protest auf. Aktuelle Informationen unter  
➔ <http://www.mbr-berlin.de>

Sven Schulz:

# „Schlechteste Lösung“

## Die schwarz-gelbe Wehrpflicht-Reform hilft niemandem

Die FDP ist gegen die Wehrpflicht, die CDU/CSU dafür. Nun haben sich die Koalitionspartner darauf geeinigt, den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen. Das ist die schlechteste der Möglichkeiten, denn sie ist weder Fisch noch Fleisch: Entweder eine ordentliche Wehrpflicht oder deren Abschaffung - aber dieser Kompromiss ist Quatsch. Er ist der kleinste gemeinsame Nenner von CDU/CSU und FDP, aber nicht praktikabel.

Was bedeutet das für die Bundeswehr? Nichts Gutes! Für bestimmte Teilstreitkräfte soll es nur noch einen Einführungskurs in Sachen Verteidigung geben, der zwei Monate dauert, für andere bleibt es bei drei Monaten. Der anschließende Dienst in der Truppe kann dann oft nur noch den Charakter eines Praktikums haben.

EINBERUFUNGSPRAXIS WIRD  
CHAOTISIERT

Der Aufwand an Personal und Infrastruktur für die Ausbildung würde größer, ohne dass damit zusätzlicher Nutzen für die Bundeswehr verbunden wäre. Die Einberufungspraxis wird chaotisiert: halbjährlich für Luftwaffe, Sanitätsdienst und Streitkräftebasis, quartalsweise für Heer und Marine.

Verteidigungsminister zu Guttenberg verspricht sich von dem kürzeren Wehrdienst mehr Wehrgerechtigkeit. Denn wenn der Dienst nur noch sechs Monate dauert sollen pro Jahr mehr Rekruten eingezogen werden, nämlich jährlich 50.000 statt bisher 40.000 junge Männer. Doch bei 400.000 Männern eines Jahrgangs insgesamt kann wirklich niemand ernsthaft von Wehrgerechtigkeit sprechen.

Ohne Not baut die Regierung künstlichen Zeitdruck auf: Schon ab dem 1. Oktober 2010 soll die Neuregelung für die Bundeswehr gelten (ab 1. August für den Zivildienst). Anstatt langfristig tragfähige Lösungen zu suchen (zum Beispiel wie von uns vorgeschlagen: Vorrang der Freiwilligkeit), will zu Guttenberg ein Konzept durchpeitschen, das die Bundeswehr ins Chaos stürzt.

Und was bedeuten die Pläne der Koalition für den Zivildienst? Zunächst eine massive Beeinträchtigung, gegen die die Verbände auch deutlich Stellung bezogen haben. Kaum ist ein Zivildienstleistender eingearbeitet, ist seine Zeit auch schon vorbei. Die Antwort soll sein, dass der Zivildienst ja auch freiwillig verlängert werden könne.



Sven Schulz: Die SPD kann ein konsensfähiges Konzept vorlegen. Foto: Horb

Das hört sich gut an, ist jedoch nicht der richtige Weg. Denn der Zivildienst ist der Ersatz für den ansonsten zu leistenden Grundwehrdienst. Wer verweigert, darf nicht länger Zivildienst leisten, als ein Grundwehrdienstleistender Dienst tut. Auch nicht freiwillig. Und es besteht die Gefahr, dass dann nur noch Zivildienstleistende eine Stelle bekommen, die von Anfang an eine Verlängerung zusagen. Das führt zu neuen Ungerechtigkeiten.

Was setzen wir von der SPD dem entgegen? Wir plädieren für mehr Freiwilligkeit im Wehrdienst und eine Stärkung der Freiwilligendienste. Wir wollen das Angebot der Jugendfreiwilligendienste qualitativ und quantitativ deutlich ausbauen.

Hierzu benötigen wir eine massive Erhöhung der Mittel, die wir seit langem fordern. Da wir aber wissen, dass das Thema Wehrpflicht von ganz besonderer Bedeutung ist, schlagen wir der Koalition in unserer gemeinsamen Verantwortung vor, eine breitere parlamentarische Mehrheit zu suchen.

AM RUNDEN TISCH  
LÖSUNGEN ERARBEITEN

Wir sind darauf vorbereitet, ein konsensfähiges Konzept vorzulegen, wie wir die Wehrpflicht und die Sozialdienste intelligent weiterentwickeln können - zum Nutzen aller: der Bundeswehr, der betroffenen jungen Menschen und der gesamten Gesellschaft.

Wir wären bereit, in einer gemeinsamen Kommission, einem „Runden Tisch“ zusammen mit allen wichtigen Akteuren Lösungen zu erarbeiten, die auf Dauer Bestand haben. Das Vorgehen der Regierungskoalition jedoch schafft neue Probleme. **Sven Schulz** □

## Reichsbanner wählte Vorstand

Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat seinen Vorstand gewählt: Neuer Landesvorsitzender ist Dirk König. Stellvertreter ist Sascha Rosengart. Komplettiert wird der junge Vorstand von Lucas Koppehl (Schriftführer), Benjamin Heese (Schatzmeister) und Robert Willemelis (Pressereferent).

Das Reichsbanner, das früher in Berlin aufgrund des Alliiertenstatuts als „Freiheitsbund“ firmierte, hatte sich im Jahr 2008 konstituiert und den historischen Namen wieder übernommen. Während der Weimarer Republik galt das Reichsbanner als Schutztruppe der demokratischen Parteien und bildete zusammen mit SPD und Gewerkschaften die „Eiserne Front“. 1933 wurde der Verein von den Nazis verboten.

Vom 20.-22. Mai 2010 wird das Reichsbanner beim Jugendkongress des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ im Berliner Congress-Center (BCC) mit einem Infostand vertreten sein und das Gespräch mit jungen Menschen suchen. **PM** □

➔ [www.jugendkongress-berlin.de](http://www.jugendkongress-berlin.de)



Als Politiker, „der unermüdet für soziale Gerechtigkeit und Aufstiegschancen der sozial Schwachen kämpft“, hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit den Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky gewürdigt. Für seine Arbeit wurde Buschkowsky mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ausgezeichnet (siehe BS 7/8). Buschkowsky repräsentiere „einen Teil der Sozialdemokratie, der besonders erfolgreich ist: die Kümmerer mit viel Verstand, einem großen aber eben auch einem heißen Herzen“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Foto: Duclos

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin

Integration:

# „Eine Querschnittsaufgabe“

Die Zukunftswerkstatt „Integration“ mit Klaus Wowereit tagte

**Integration ist eine wichtige politische Querschnittsaufgabe für die gesamte Gesellschaft. Das wurde bei der öffentlichen Auftaktveranstaltung der Zukunftswerkstatt „Integration – Einstieg und Aufstiege in Deutschland“ im Willy-Brandt-Haus deutlich. Gemeinsam mit Wissenschaftlern, Journalisten und Experten aus der Praxis diskutierten die beiden Leiter der Zukunftswerkstatt, der stellvertretende Parteivorsitzende und Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit und der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland Kenan Kolat, über aktuelle Probleme und Erfolge in der Integrationspolitik.**

Der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky berichtete von den Projekten im Bezirk, lobte die Berliner Reformen im Bildungsbereich und mahnte zugleich die Bereitschaft zur Integration an. Shermin Langhoff, Leiterin des Ballhau-



Klaus Wowereit leitet die Zukunftswerkstatt „Integration – Einstieg und Aufstiege in Deutschland“ der Bundes-SPD. Foto: Horb

ses Naunynstraße setzt auf die Entwicklung eines gemeinsamen Kulturraums. Expertinnen und Experten wie die stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Prof. Dr. Ursula Neumann oder auch Corrado di Benedetto, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Aus-

länderbeiräte in Hessen, erörterten mit Gästen aus dem Publikum die Fragen nach der Selektivität des deutschen Bildungssystems ebenso wie die Frage nach Quoten für Migrantinnen und Migranten in öffentlichen Einrichtungen und auch in Parteien. Aus dem Teilnehmerkreis kam auch die Forderung nach Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Migration auf Bundesebene, so wie es sie in Berlin bereits gibt.

Förderung fängt im frühkindlichen Alter an, betonte Klaus Wowereit. Dazu müssten bundesweit Ressourcen bereitgestellt werden. Berlin liege weit vorn, was die Kostenfreiheit in der Kita angehe, aber auch beim Platzangebot. Das sei nicht überall so.

Wowereit schloss mit einem Appell an die Bürgerinnen und Bürger, sich an der Zukunftswerkstatt zu beteiligen und gemeinsam weiterzudiskutieren: „Eine Gesellschaft, in der wir als Menschen ohne Angst verschieden sein können – lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.“ **PM □**

## Mietersorgen im Märkischen Viertel

Sanierung läuft bis 2016 - Brigitte Lange und Jörg Stroedter im Gespräch

**Als sich im März 2009 fast 300 Mieterinnen und Mieter im Reinickendorfer Fontanehaus einfanden, war die Aufregung groß: Die Müllschlucker - eine praktische, aber überholte Variante seinen Müll loszuwerden - sollten geschlossen werden. Die gerade erst gestartete Modernisierung der Gesobau-Wohnungen war nur am Rande Thema. Ursprünglich sollten diese privatisiert werden, aber auf Betreiben der Abgeordneten Brigitte Lange und Jörg Stroedter verblieben sie in Landes-**

hand. Nun, ein Jahr danach, traf man sich am 22. März 2010 erneut und wieder waren über 200 Anwohnerinnen und Anwohner gekommen, um ihrem Ärger Luft zu machen. Inzwischen sind es die Sanierungsarbeiten selbst, die Sorgen machen: Dreck und Lärm während der Umbauarbeiten, fehlende Erreichbarkeit der Gesobau, sowie deren Umgang mit den Mieterinnen und Mietern wurden als Hauptprobleme ausgemacht. „Ich fühle mich wie auf einer Großbaustelle,“ klagte eine Mieterin und der anwesende Geschäftsbereichsleiter der Gesobau, Herr Lennermann, gab ihr Recht: „In der Tat, es handelt sich um die größte Baustelle Berlins und da sind Unannehmlichkeiten nicht immer auszuschließen.“

Doch nach über 40 Jahren war eine Sa-



Im Gespräch mit den Mietern: die Abgeordneten Jörg Stroedter und Brigitte Lange.

nierung überfällig. Das akzeptieren auch die Mieterinnen und Mieter. „Wer an Nebenkosten quasi eine Zweitmiete zahlt, der kann nicht zufrieden sein mit der Situation,“ so Wirtschaftsexperte Jörg Stroedter. In Rage bringt ihn auch die Ignoranz, mit der die Verantwortlichen vielen Details begegnen: Von offen stehenden Türen und Diebstählen ist die Rede, von klappernden Fenstern und Wohnungen, in denen es zieht oder die nach den Umbauten kleiner sind als vorher, ohne dass die Miete neube-rechnet würde.

Jörg Stroedter zeigte sich von den Ausführungen der Gesobau-Verantwortlichen denn auch sichtlich enttäuscht. „Wir haben klare Erwartungen und diese müssen erfüllt werden. Wenn die Gesobau sich nicht

in der Lage sieht, die nötige Erreichbarkeit herzustellen, dann ist es kein Wunder, dass sich jetzt der Ärger entlädt.“ Zusammen mit Brigitte Lange hatte er über ein Jahr lang, viele Besuche im Märkischen Viertel absolviert und sich für die Mieterinnen und Mieter eingesetzt. Einige Probleme konnten auf diese Weise unbürokratisch gelöst werden. Aber noch immer berichten Anwohner, dass sie nicht genau wissen, wann ihr Häuserkomplex saniert wird. Erst 2016 soll das 440 Millionen Euro teure Projekt abgeschlossen sein.

„Bis dahin erhoffe ich mir auch mal ein paar positive Nachrichten,“ fügte Brigitte Lange hinzu, die seit vielen Jahren ihren Wahlkreis im Märkischen Viertel hat. „Doch wenn eine Mieterin, die nun seit 40 Jahren im MV wohnt, um den Bauarbeiten zu entgehen, lieber gleich in eine frisch sanierte Wohnung umzieht und dann aber von der Gesobau wie eine ‚Neumieterin‘ behandelt wird und eine horrend Kautionszahl zahlen soll, dann kann da was nicht stimmen.“

„Das Thema wird uns weiter beschäftigen.“ Mit diesem Schlusswort verabschiedete der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der Reinickendorfer BVV, Gilbert Collé, die Anwesenden und merkte an, dass man sich in einem Jahr wohl wieder treffen werde. **Dirk König □**

Kinderschutz:

# Zeichen für kinderfreundliche Gesellschaft

## Kinder schützen und fördern - Erziehungskompetenz von Eltern stärken

**Früherkennung mit System - das versprechen sich Sandra Scheeres, jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, und die gesundheitspolitische Sprecherin Stefanie Winde vom verbesserten Kinderschutz, der seit Beginn des Jahres in Kraft ist.**

Das Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes vom 17.12.2009 trat am 31. Dezember letzten Jahres in Kraft. Das durch die rot-rote Koalition des Berliner Abgeordnetenhauses verabschiedete Gesetz hat zum Ziel, die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen von Kindern mit Berliner Wohnsitz durch ein verbindliches Einladungswesen zu steigern, das Erkennen von Risiken für das Wohl und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie die Kooperation in Angelegenheiten des Kinderschutzes auszubauen.

Zudem sei es „ein Zeichen für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der Kinder als Subjekt einer Gesetzgebung wahrgenommen werden“, so die jugendpolitische Sprecherin der SPD, Sandra Scheeres.

Bereits vor drei Jahren, im Februar 2007 begann die Diskussion um ein fest in die Gesetzgebung verankertes „Netzwerk Kinderschutz“. Zahlreiche jugend-, gesundheits- und bildungsorientierte Institutionen unterstützten dieses Vorhaben, das letztlich dazu dient, ein dichtes Netz zu schaffen, das alle Familien erreicht sowie Kinder und Jugendliche schützt.

Unterschiedlichste Maßnahmen sollen durch Prävention, Früherkennung, Bera-



Das Ziel: Gut behütet aufwachsen Foto: Horb

tung, Krisenintervention und rechtzeitiger Hilfestellung einer drohenden Vernachlässigung, Misshandlung oder dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen entgegen wirken, deren Ursachen oft die Unerfahrenheit oder Überforderung von Eltern oder Alleinerziehenden sind.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Stefanie Winde betont, „mit einem verbindlichen Einladungswesen zu den Vorsorgeuntersuchungen wollen wir einen informativen Zugang zu allen Eltern schaffen und nicht die Kontrolle und Überwachung der Kindererziehung ausweiten“. Die aufsuchende Hilfe für Eltern mit kleinen Kindern sei hierbei ein ganz besonders wichtiger Aspekt.

Weitere Kernelemente des Berliner Kin-

derschutz-Gesetzes sind die verbindliche Kooperation zwischen staatlichen Einrichtungen und Stellen sowie Einrichtungen und Diensten anderer Träger der gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie die Sicherung der Einleitung von Maßnahmen zur Frühbehandlung und Frühförderung.

Mit einem so genannten „JA BITTE“-Bogen, welcher in unterschiedlichen Sprachen in gynäkologischen Arztpraxen, Geburtskliniken, bei Hebammen und in zahlreichen Beratungsstellen ausliegt, ist es z.B. möglich, einem bereits in der Schwangerschaft bestehenden Beratungsbedarf von zukünftigen Eltern nachzukommen. Ebenso wird es mit dem neuen Einlegeblatt in den Mutterpass und dem Neugeborenen-Screening möglich sein, Risiken für das Kindeswohl frühzeitig zu erkennen und Familien rechtzeitiger Hilfe und Unterstützung anzubieten. So werden in Zukunft junge Eltern bei Versäumnis der U-Untersuchungen ihrer Kinder durch die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste persönlich und verbindlich darauf hingewiesen.

Für das Modellprojekt „Aufsuchende Elternhilfe“, welches im Kinderschutzgesetz verankert ist, wird künftig berlinweit das Budget auf 720.000 € aufgestockt. Außerdem werden für die sich aus dem Kinderschutz Gesetz ergebenden Aufgaben vom Senat für 2010 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Finanzierung von Stellenanteilen in den bezirklichen Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten und den Jugendämtern zur Verfügung gestellt. **BS**



Mit einem gemeinsamen Frühstück begann in der vergangenen Woche für rund 60 Mädchen der Girls' Day mit der Berliner SPD. Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus, Bezirkspolitikerinnen und -politiker, Justizsenatorin Gisela von der Aue, Mitglieder von ASF und Jusos boten einen Tag lang Einblick in ihre Arbeit. Für die Mädchen solle das auch eine Ermutigung sein, sich einzumischen und ihre Interessen wahrzunehmen, so Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper. Foto: Julia Schröder

## Alles nur auf Pump?

**Ermäßigte Steuerfreibeträge für Hoteliers, Einschränkung der Steuerfreiheit für die Nacht- und Feiertagszuschläge, Stipendienprogramme zulaufen des Bafögs. Um diese und weitere Aspekte der Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ging es in einer Diskussionsrunde zur Finanzpolitik der aktuellen Bundesregierung zu der Petra Merkel und Swen Schulz eingeladen hatten.**

Nicolette Kressl, Finanzexpertin der SPD-Bundestagsfraktion machte deutlich wohin die Reise unter Schwarz-Gelb gehen wird, wenn die Bundesregierung tatsächlich wie geplant im kommenden Jahr auch noch die Steuersätze senken will. Angesichts der Verschuldung zur Rettung der Banken und Stützung der Wirtschaft in der



Krise seien Steuersenkungen derzeit undenkbar, wenn man die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten wolle. Eine Steuersenkung auf Pump sei daher unverantwortlich. **Foto: Beatrice Bachnick**

Interview:

# DGB will krisenfester werden

Gewerkschaftskongress im Mai in Berlin - Doro Zinke im Interview

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will sich schlanker und zukunftsfester machen. Dazu liegen den 400 Delegierten des DGB-Kongresses, der Mitte Mai in Berlin tagen wird, zahlreiche Vorschläge zur Satzungsänderung vor. Danach soll die Binnenstruktur gestrafft werden. Statt drei wird es künftig nur zwei Ebenen mit hauptamtlichen Kräften geben: die Bundesvorstandsverwaltung und die Bezirke. Mehr als 150 Anträge sind zu beraten. Einer der Leitanträge steht unter dem Motto „Gute Arbeit für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft“. Auch im vergangenen Jahr hat der DGB bei den meisten seiner Einzelgewerkschaften Mitgliederrückgänge verzeichnen müssen. Die Zahl der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer ist 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent auf 6 264 923 Mitglieder zurückgegangen. Über die Zukunft des DGB sprach die Berliner Stimme mit Doro Zinke, der Vorsitzenden des Bezirks Berlin-Brandenburg.

**BS:** Den Delegierten liegen Anträge zur Änderung der DGB-Satzung vor, die Binnenstruktur soll demnach verändert werden. Was war der Anlass?

**Doro Zinke:** Eine Diskussion zwischen unseren Mitgliedsgewerkschaften über die Rolle und die Aufgaben des DGB. Das Ergebnis ist, wie immer, ein Kompromiss. Der DGB soll verstärkt seine Rolle als der politische Arm der Gewerkschaften wahrnehmen, und zwar sowohl gegenüber der Politik als auch in Kooperation mit gesellschaftlichen Bewegungen.

Andererseits wollen wir auch in der Fläche Präsenz zeigen. Unsere Regionalvorsitzenden werden künftig auf den Bezirkskonferenzen gewählt und verstärkt in die Leitung des Bezirks einbezogen, mit denen sie eine „Ebene“ bilden.

**BS:** Heißt das weniger Präsenz in der Fläche?

**Doro Zinke:** Nein, ganz und gar nicht. Wir wollen stärker die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit im DGB forcieren.

**BS:** Wie kann man sich das für Berlin vorstellen?

**Doro Zinke:** Wir haben hier in der Stadt als DGB zur Zeit nur an drei Punkten ehrenamtliche Stadtteilarbeit: in Marzahn-Hellersdorf, Schöneberg-Tempelhof und in Spandau. Die stadtteilbezogene DGB-Arbeit kann aus der beabsichtigten Strukturreform gestärkt hervorgehen. Das kann den DGB in den Berliner Stadtteilen stärker verwurzeln. Ich meine damit: Mehr ge-



Doro Zinke ist Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Foto: DGB Berlin-Brandenburg

## ZUR PERSON: DORO ZINKE

Doro Zinke, 55, leitet seit Januar 2010 den DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg als Vorsitzende.

Nach dem Studium der Politikwissenschaften und der Soziologie arbeitete sie zunächst bei der Bundeszentrale für politische Bildung, später bei sowie im Bereich Transport und Verkehr. Von 1999 bis 2005 war sie Generalsekretärin der Europäischen Transportarbeiter-Föderation in Brüssel und wurde 2006 zur Vize-Vorsitzenden im DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg gewählt.

## NEUWAHL DER DGB-SPITZE

Mit einer Änderung der fünfköpfigen Gewerkschaftsspitze ist auf dem DGB-Kongress, der unter dem Motto „Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität - 19. Parlament der Arbeit“ vom Sonntag, 16. Mai bis zum Donnerstag, 20. Mai im Berliner Hotel Estrel stattfindet, nicht zu rechnen. Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand - das sind Michael Sommer (58) als Vorsitzender, Ingrid Sehrbrock (61) als stellvertretende Vorsitzende sowie Annelie Buntentbach (54), Dietmar Hexel (60) und Claus Matecki (61) als weitere Vorstandsmitglieder - kandidiert erneut. Sehrbrock und Matecki haben angekündigt, im Falle ihrer Wiederwahl mit Erreichen des 65. Lebensjahres ihr Mandat niederzulegen. **GL** □

werkschaftliche Kiezarbeit. Daran gibt es auch Interesse. Aber da muss es auch viel Freiheit zur Ausgestaltung der Arbeit geben. Die Struktur muss Vielgestaltigkeit zulassen. Warum soll denn die Arbeit in Weißensee genauso sein wie Neukölln? Ich verbinde damit auch die Hoffnung, dass Zusammenkünfte weniger Rituale, dafür mehr Lebendigkeit haben.

**BS:** Welche politischen Signale werden vom DGB-Kongress ausgehen?

**Doro Zinke:** Da hoffe ich zunächst, dass die internationale Zusammenarbeit gestärkt wird. Das ist für den Weg aus der Krise wichtig. Ich habe den Eindruck, dass sich da auf vielen Feldern wieder mehr nationale Sichtweisen breit gemacht haben. Es führt nicht aus der Krise, wenn Belegschaften und ihre Gewerkschaften sich international kannibalisieren. Leider ist auch Fremdenfeindlichkeit wieder in den Vordergrund gerückt, wie die Wahlen in Ungarn gezeigt haben.

## EIN SIGNAL GEGEN DIE STÄNDIGE VERBILLIGUNG VON ARBEIT

Wichtig ist mir ein Signal gegen die ständige Verbilligung von Arbeit. Da ist zum Beispiel das exzessive Ausnutzen von Leiharbeit in Deutschland wie in keinem anderen Land der EU. Entwürdigend sind die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose, besonders im Zusammenhang mit Hartz IV. Sie sind eine Rutschbahn auf der Spirale nach unten. Dann dieser Unsinn mit den Mini- und Midi-Jobs. Damit wird unsere Sozialversicherung kaputt gemacht. Unser Sozialversicherungssystem ist in den vergangenen Jahren durch die ganzen Billigjobs ausgehöhlt worden. Und da hat auch meine Partei, die SPD, Riesenfehler gemacht.

**BS:** Die SPD sieht bei Hartz IV Reformbedarf - eine Korrektur.

**Doro Zinke:** Das ist in meinen Augen völlig unzureichend. Wenn man sich darauf beschränkt und sagt, „Hartz IV muss weg!“ dann ist das Pseudoradikalismus. Man muss doch sehen, dass auch Hartz I bis III maßgeblich zur Verbilligung der Arbeit beigetragen haben. Auch da muss angesetzt werden!

Ich will die Botschaft des DGB-Kongresses in Grundsatzfragen kleiden: Welchen Stellenwert hat Arbeit hierzulande? Darf man zulassen, dass Arbeit so billig geworden ist? Wie machen wir unser Land krisenfester? Dazu wird der DGB an die politischen Akteure Antworten geben.

**Interview: Gunter Lange** □

Landesjugendring:

# Warum sollten 16jährige nicht wählen?

Mark Medebach im Interview über Jugendverbandsarbeit und Mitsprachemöglichkeiten

**Die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen sollen gestärkt, ehrenamtliches Engagement verbessert werden. Die im Landesjugendring Berlin zusammengeschlossenen Jugendverbände wollen jetzt verstärkt mit Schulen zusammenarbeiten und ihre Kompetenzen in die Ausgestaltung des Ganztagsbetriebs einbringen, so der Vorsitzende des Landesjugendrings Mark Medebach im Interview mit der BERLINER STIMME.**

**BS:** Im Landesjugendring Berlin sind derzeit 34 Jugendverbände zusammengeschlossen, große ebenso wie kleine. Wie läuft die Zusammenarbeit, was sind die gemeinsamen Interessen?

**Mark Medebach:** Die Jugendverbände arbeiten in erster Linie in den Gremien und Arbeitsgruppen des Landesjugendrings zusammen. Hier werden Schwerpunkte festgelegt, Positionen diskutiert und gemeinsame Interessen formuliert. Durch die breite Vielfalt an unterschiedlichen Ansätzen kommt es natürlich hin und wieder zu Konflikten, die jedoch solidarisch bearbeitet und in aller Regel auch gelöst werden. Alle Jugendverbände verfolgen jedoch grundsätzlich einige gemeinsame Ziele: Jugendverbände setzen sich dafür ein, die Partizipationschancen von jungen Menschen zu erweitern. Dazu gehört, ihre selbst organisierten Aktivitäten zu fördern, ihr ehrenamtliches Engagement zu stärken und ihren Wünschen und Forderungen Gehör zu verschaffen. Sie wollen dazu beitragen, die Lebenssituation aller Kinder und Jugendlichen in Berlin zu verbessern. Durch kostengünstige außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote ermöglichen sie wichtige Lern- und Entwicklungsprozesse, die Schule und Familie so nicht bieten können. Momentan streben die Jugendverbände verstärkt Kooperationen mit Schulen an, um ihre Stärken in die Ausgestaltung des Ganztagsbetriebs einzubringen.

**BS:** In Berlin sind die Kinderrechte jetzt in der Landesverfassung verankert worden. Der Landesjugendring fordert eine Aufnahme auch ins Grundgesetz. Was würde sich damit ändern?

**Mark Medebach:** Kinderrechte sind Menschenrechte, die dem Anspruch nach überall auf der Welt gelten sollen. Abgesehen von Somalia und den USA haben auch alle Staaten der Erde die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Das Problem ist nur, dass sie nirgends konsequent umgesetzt werden, auch in Deutschland nicht. Die Aufnahme der Kinderrechte in die Berliner Landesverfassung ist sicherlich ein



*Oben: Unterzeichnung des Abkommens für die Jugend mit Bildungssenator Zöllner und Carla Dietrich, rechts: Mark Medebach.*



wichtiger Schritt in die richtige Richtung, bei dem wir aber nicht stehen bleiben dürfen. Kinderrechte müssen auf allen staatlichen Ebenen verankert und verwirklicht werden. Eine Aufnahme ins Grundgesetz hätte eine große normative Strahlkraft, die die Rechte der Kinder in ganz Deutschland nachhaltig ins Bewusstsein von Justiz, Politik und nicht zuletzt der Bevölkerung heben würde.

**BS:** Im vergangenen September wurde der Landesjugendring 60 Jahre alt. Beim Festakt wurde ein „Abkommen für die Jugend“ zwischen dem Land Berlin und dem Landesjugendring unterzeichnet. Welche Wirkung versprechen Sie sich davon?

**Mark Medebach:** Zum einen ist es uns wichtig, dass Jugendpolitik als Querschnittspolitik verstanden wird. Belange von Kindern und Jugendlichen berühren viele vielleicht auch auf den ersten Blick untypische Politikfelder. Unser Ziel ist es dabei, dass Kinder und Jugendliche in allen

sie betreffenden Angelegenheiten Mitsprachemöglichkeiten bekommen. Zum anderen habe wir mit Senator Zöllner konkrete Maßnahmen in den Bereichen Selbstorganisation und Engagement junger Menschen, Integration, Bildung, Arbeit und Ausbildung, Soziale Sicherheit, Kultur sowie Stadtentwicklung verabredet. Ziel dessen ist es, konkret zu benennen, was die Jugendverbände aber auch die Stadt Berlin tun können und müssen, um zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Berlin beizutragen. Herausragender Teil des Abkommens für die Jugend ist ein verabredeter Runder Tisch, der mindestens einmal pro Jahr stattfinden soll. Ziel des Runden Tisches ist es, die Herausforderungen dieser Stadt unter Kinder- und Jugend Gesichtspunkten zu beleuchten. Für den Ersten Runden Tisch in diesem Jahr haben wir uns das Thema Ehrenamt vorgenommen.

**BS:** Der Landesjugendring fordert eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, möglichst noch vor der kommenden Abgeordnetenhauswahl. Gibt es unter Jugendlichen eine neue „Lust auf Politik“?

**Mark Medebach:** Die Erfahrungen mit unserem Projekt „U18“ haben gezeigt, dass sehr viele Jugendliche politisches Interesse zeigen, wenn man sie altersgerecht anspricht. Bei der U18-Wahl konnten im Jahr 2009 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre wie bei der echten Bundestagswahl ihre Stimme abgeben. Die Wahl wurde im Vorfeld mit Angeboten und Publikationen der politischen Bildung vorbereitet. Wir glauben, dass Interesse und Kompetenz für politisches Handeln nur sehr bedingt vom Alter abhängig ist. Warum sollten 16-Jährige dann nicht wählen dürfen?

**Fragen: U.Horb** □

Kultur:

## „Mittel für Orchester freigeben“

Brigitte Lange: Berliner Rundfunk-Orchester und -Chöre bedroht

**Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Brigitte Lange, hat an die Verantwortlichen der Regierungsfractionen im Bundestag appelliert, die gesperrten Mittel für die Berliner Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH (ROC) sofort freizugeben.**

„Der Umgang der schwarz-gelben Regierungsfractionen im Bundestag mit der ROC zeigt nun seine verheerende Wirkung“, so Brigitte Lange. „In direkter Folge der im Februar von CDU und FDP durchgesetzten

Haushaltssperre ist die ROC bereits jetzt gezwungen, ihr künstlerisch erfolgreiches Programm aus rein monetären Gründen einzuschränken. Gelder für die ROC werden von Schwarz-Gelb pauschal und kurzfristig einfach so lange zurückgehalten, bis ein Reformkonzept zur Struktur der ROC vorliegt.“

Die SPD-Kulturpolitikerin: „Es ist zu vermuten, dass es von Anfang an nie nur um eine Reform ging, sondern im Hintergrund immer auch die mutwillige Zerschlagung der ROC als Ziel steht.“ **BS** □

Kettenreaktion:

# Atomausstieg: „Es geht um uns“

Berliner SPD-Mitglieder bei der Menschenkette - Eine starke Bewegung ist wieder da

**Es ist für einen Samstag verdammt früh, als ich am 24. April um halb sieben meine Tochter wecke, zwei Tage vor dem 24. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April. Wir wollen in einen der 22 Busse einsteigen, die am Kurt-Schumacher-Platz in Richtung Norddeutschland fahren, damit die Berliner sich in die bundesweite Menschenkette gegen Atomkraft einreihen können.**

Die SPD ist Teil des Aktionsbündnisses „Kettenreaktion“, neben Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen wie BUND, Greenpeace oder Naturfreunde, Nichtregierungsorganisationen wie Attac und campact sowie Gewerkschaften und Parteien.

Als wir am Treffpunkt ankommen, stehen die meisten Busse noch nicht bereit. Es heißt Warten. Ein engagierter Zehnjähriger besorgt uns ein paar Buttons, so dass wir unsere Zugehörigkeit zum Protest auch an die Jacken heften können. Endlich, mit über einer Stunde Verspätung, geht die Fahrt los, auf der Autobahn nach Hamburg, durch die Stadt, und weiter bis Neuendorf bei Elmshorn in Schleswig-Holstein, wohin unser Bus zugeteilt wurde. Wir kommen gerade noch rechtzeitig: Zwischen 14.30 Uhr und 15 Uhr soll die Kette geschlossen werden. Engagierte IG-Metaller der Region bieten Kaffee und Grillwurst zum Selbstkostenpreis an. Nach einem ausgefeilten Regionalprinzip wird jeder Straßenabschnitt zwischen den Kernreaktoren Krümmel und Brunsbüttel abgedeckt. Es sind 120 Kilometer, 50.000 Teilnehmer werden erwartet. Ich finde diese Zahl optimistisch, aber die Sonne strahlt von einem blauen Himmel über die Deiche Norddeutschlands, als wolle sie zum Protest gegen die Kernenergie ermutigen.

## HÄNDE WEG VOM ATOMAUSSTIEG

Die beschauliche Landstraße ist voll mit Leuten; rote, grüne, bunte Fahnen wehen, doch es gibt noch Lücken. Ob wir es überhaupt schaffen, die Kette zu schließen? Mir wird ein bisschen schwindlig vom Klimawandel: Es ist ein merkwürdiges Gefühl, unvermittelt von der lauten Großstadt in dieser Stille bei Kühen und Wiesen auf dem Lande zu stehen. Doch still bleibt es nicht lange. Die mitgebrachten Ratschen dröhnen immer wieder in den Ohren, es gibt Lachen und Singen und Rufen und auch ein paar Probleme, die gut gelaunten Leute an unserem Abschnitt so zu verteilen, dass es



120.000 Atomkraftgegner kamen zur Menschenkette.

hinkommt. „Hierhin!“ „Dorthin!“ „Nein, zurück!“ Gemeinsam mit einem Reinickendorfer Genossen halten wir das SPD-Transparent. Ein Mitfahrer hatte uns zuvor gelbe Kettenbänder mit schwarzem Aufdruck in die Hand gedrückt, damit wir etwaige Leerstellen auch ohne Hände überbrücken können. Der Zehnjährige baut sich kreative Fahnen aus Weidenstöcken, gelben Bändern und der roten Flagge.

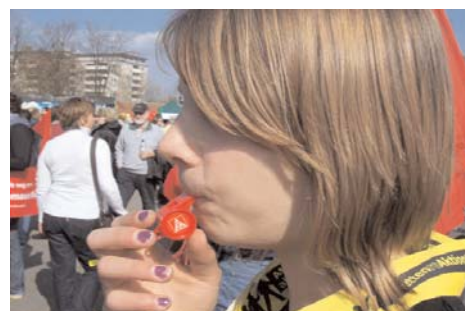
„Wir sind 120.000! Weitersagen“, erschallt kurz vor 15 Uhr ein Ruf von links - und ich gebe das nach rechts weiter. 120.000! Das übertrifft meine Erwartung bei weitem. Sogar Leute aus Süddeutschland sind angereist, es gibt mehrere Sonderzüge und in unserem Bus fährt eine Familie mit drei kleinen Kindern mit. „Die Anti-Atombewegung lebt“, sagt ein Metaller. Und wir sind dabei.

Schließlich der Abpiff, ausgehend vom AKW Brunsbüttel, die ganze lange Kette entlang: Ein Pfeifen und Rufen und Rasseln und Buhen fordert: „Ausschalten jetzt! Hände weg vom Atomausstieg!“

## NICHT SPALTEN LASSEN!

Mehrere Kundgebungen an den verschiedenen Orten der Kette beschließen die Aktion. Auf der Bühne in Elmshorn steht auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Ich bin kein Atombüttel“, ruft der, herausgefordert von Alexis Passadakis, der zuvor für Attac gesprochen und Vorbehalte gegen die SPD geäußert hatte. „Diskutiert mit uns“, meint Gabriel, „streitet mit den Sozis, das ist in Ordnung - aber lasst uns nicht das Trennende über das Gemeinsame stellen.“

Es gelte zu verhindern, dass Schwarz-Gelb die Laufzeiten für alte Atommeiler wie Biblis und Krümmel um 28 Jahre verlängert. Und dass Engagement sich lohnt, zeige die Anti-Atombewegung - und die lernfähige Partei, die mit Rot-Grün seit 1998 Hunderttausende Jobs im Bereich Er-



Abpiff für die Atomkraft.

Fotos: Katharina Körting

neuerbare Energien geschaffen habe. „Wer Laufzeiten für AKWs verlängert, stoppt den Ausbau der Erneuerbaren und gefährdet Arbeitsplätze“, betont der SPD-Chef, der zuvor zwischen dem Schleswig-Holsteiner SPD Chef Ralf Stegner und dem grünen Bundestagsabgeordneten Jürgen Trittin in der Kette stand. Die Bewegung dürfe sich jetzt nicht spalten lassen.

„Das stimmt“, sagt eine mitreisende ältere Frau neben mir und kein SPD-Mitglied ist. Wer schon einmal auf einer Anti-Atomdemonstration war, weiß, wie verschieden die politischen Ansichten, die Biografien, die Art und Weise des Engagements der Teilnehmer sind. Da stehen Junge und Alte, Familien, Migranten, Arbeiter und Professoren, da steht die DKP neben einem Grüppchen von Greenpeace, da sind Träumer, Bauern neben Realpolitikern, die roten Fahnen der Jusos reiben sich mit denen der Grünen Jugend, es ist wie ein bunter Querschnitt durch die Bevölkerung - und für den Moment, für dieses eine Thema scheint die Differenz irrelevant. Weil es um Sicherheit geht. Um Zukunft. „Um unsere Erde“, wie es eine etwa 45jährige esoterisch angehauchte Frau aus dem Bus ausdrückt. „Es geht um Macht der Konzerne“, dröhnt der attac-Sprecher ins Mikrofon, „eine andere Welt ist möglich!“ „Es geht um uns“, sage ich zu meiner Tochter, und eine Mutter aus Kreuzberg nickt zustimmend. Auch in der Nähe der Kernkraftwerke im hessischen Biblis und in Ahaus (NRW) sind am selben Tag 26.000 gegen Atomkraft auf die Straße gegangen.

Als wir gegen 22 Uhr wieder in Berlin sind, ist es verdammt spät, und ich bin hundemüde. Aber die Jugendliche nimmt es locker: „War doch cool, Mama.“

**Katharina Körting** □

➔ Spenden für die noch nicht ausfinanzierte Aktion kann man überweisen mit dem Stichwort „Kette“ auf das ausgestrahlte-Spendenkonto 2009 306 400 bei der GLS-Bank, BLZ 430 609 67.

Parteiwahlen:

# Kontinuität in den Kreisen

## Acht Vorsitzende wurden im Amt bestätigt

**Die ersten SPD-Kreise haben ihre Vorstände jetzt neu gewählt.**

Alter und neuer Kreisvorsitzender der SPD **Charlottenburg-Wilmersdorf** ist Christian Gaebler (MdB), dem erneut großes Vertrauen ausgesprochen wurde. Für die zu vergebenen drei Funktionen der stellvertretenden Kreisvorsitzenden stellten sich neben den bisherigen Stellvertreter/innen Christian Christen, Barbara Scheffer und Heike Stock zusätzlich Carolina Böhm und Robert Drewnicki zur Wahl. Gewählt wurden nach einer engagierten Debatte im 1. Wahlgang Christian Christen und Carolina Böhm. Robert Drewnicki setzte sich im zweiten Wahlgang durch. Großes Vertrauen brachte die Versammlung Frank Jahnke (MdB) als Kreiskassierer und Florian Dörstelmann als Kreisschriftführer entgegen.

Die SPD **Friedrichshain-Kreuzberg** hat bei ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 17. April 2010 im Rathaus Kreuzberg ihren bisherigen Kreisvorsitzenden Dr. Jan Stöß im Amt bestätigt. Zentrale Anliegen seien die Schulstrukturreform und die Frage der Mietpolitik im Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg, so Stöß in seinem Rechenschaftsbericht. Er kündigte außerdem an, bei der Bestimmung der Kandidatinnen und Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und das Bezirksamt die Basis breit und transparent beteiligen zu wollen. Stellvertretende Kreisvorsitzende bleiben die Initiatorin des Myfestes Silke Fischer und die Quartiersmanagerin Alexandra Kast, neu gewählt wurde Julia Schimeta, die als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance tätig ist. Im Amt bleibt auch Kreiskassierer Jens Fischer, zuletzt Geschäftsführer der Treberhilfe. Der Bezirksverordnete Björn Eggert



Charlottenburg-Wilmersdorf: der neue Kreisvorstand.

Foto: Sempff

wird als Kreisschriftführer ebenfalls weiterhin dem GKV angehören.

Die SPD **Lichtenberg** hat Andreas Geisel auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung im Racing Club der Trabrennbahn Karlshorst als Kreisvorsitzenden im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter sind weiterhin Karin Seidel-Kalmutzki und neu Gregor Költzsch. Unterstützt werden sie durch die Kassiererin Claudia Wiebusch und Henning Fahrenberg als Schriftführer.

Auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 23. April hat die SPD **Marzahn-Hellersdorf** Stefan Komoß (Bezirksstadtrat) mit über 80 Prozent als Vorsitzenden wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden als Stellvertreter Liane Ollech (Mitglied des Abgeordnetenhauses), Marion Hofmann und als Kreiskassierer Jürgen Leue. Neu gewählt wurden als Stellvertreter Rudi Kujath (Bundestagskandidat 2009) und Dimitri Geidel als Schriftführer.

Die SPD **Mitte** hat ihren Vorsitzenden Christian Hanke mit klarer Mehrheit im Amt bestätigt. Auf der Kreisdelegiertenversammlung erhielt Hanke, der auch Bezirksbürgermeister ist, 108 Ja-Stimmen, 8 Nein

und 6 Enthaltungen. Stellvertretende Vorsitzende sind die bisherige Schriftführerin Liv Assmann, Frank Boermann und Bruni Wildenhein-Lauterbach. Neu im Amt des Kassierers ist Philipp Steinberg, neugewählter Schriftführer ist Frank Kirstan.

Die SPD **Neukölln** hat am 17. April für die nächsten zwei Jahre einen neuen Kreisvorstand gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende Dr. Fritz Felgentreu, MdB, die stellvertretenden Vorsitzenden Kirsten Flesch, MdB und Petra Hildebrandt, MdB, sowie die Kassiererin Dr. Franziska Giffey. Neu gewählt wurden als dritter stellvertretender Kreisvorsitzender Oliver Henschel, bisher Pressesprecher der Neuköllner SPD, und als Schriftführerin Nicola Böcker.

Zudem nominierte die SPD Neukölln die Europabeauftragte des Bezirksamts Neukölln, Dr. Franziska Giffey, als Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport. Sie soll die Nachfolge des langjährigen Bezirksstadtrats Wolfgang Schimmang übernehmen, der mit dem Erreichen seines 65. Lebensjahres aus Altersgründen Ende Juli aus dem Bezirksamt scheidet.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung der SPD in **Spandau** wurde der bisherige Vorsitzende Raed Saleh mit knapp 90% der Stimmen wiedergewählt. Er hatte in seinem Rechenschaftsbericht auf die gute Vernetzung der Spandauer SPD hingewiesen, auf die Anwohnerversammlungen, den Dialog der Religionsgemeinschaften, die Kleingartenveranstaltungen, die umweltfreundliche Nordumgehung (Falkensee) - alles Aktionen, die mit der SPD in Zusammenhang gebracht werden. Als Stellvertreter wählte die Konferenz Daniel Buchholz, Susanne Pape und Ulrike Sommer. Michael Stobbe wurde als Kassierer im Amt bestätigt. Neue Schriftführerin ist Christiane Mross.

Die SPD **Pankow** hat am 24. April auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung dem gesamten Geschäftsführenden Kreisvorstand erneut das Vertrauen ausgesprochen. Kreisvorsitzender ist erneut Alexander Götz, stellvertretende Vorsitzende sind Sandra Scheeres und Ronald Rüdiger, Kreiskassierer bleibt Arno Blanke, Schriftführerin ist erneut Susann Engert. Keine Mehrheit fand die Kandidatur von Ralf Hiltenberg, der als Vertreter der Abteilung Karow-Buch in den Kreisvorstand gewählt werden wollte. Daraufhin legten auch zwei andere in den Kreisvorstand gewählte Abteilungsvertreter ihre Funktion nieder.

## Ergebnisse (5)...

### So wählten Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften

**Die BERLINER STIMME informiert über die Ergebnisse der Parteiwahlen, die uns mitgeteilt werden.**

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf.** Die AG 60 plus Charlottenburg-Wilmersdorf Norbert Wittke als Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Ursel Ortmann und Hildegard Furler-Zantop. Schriftführer wurde Lothar Duclos. Einstimmig wurde der langjährige Vorsitzende Rudolf Uda zum Ehrenbeisitzer gewählt.

■ **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.** Die bisherige Vorsitzende

Eva Högl ist auf der Landeskonferenz der ASF am 17. April wiedergewählt worden. Stellvertreterinnen sind Ulla Büntjen, Carmen Regin, Sabine Röhrbein, Heidemarie Sandner, Barbara Scheffer, Elke Polock-Buanga. Schriftführerin ist Judith Huber.

■ **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ).** Vera Junker ist auf der Jahreshauptversammlung als Landesvorsitzende der ASJ bestätigt worden. Stellvertretende Vorsitzende sind Fred Skroblin und Dr. Falk Börneke, Schriftführerin wurde Annegret Ortling. **BS □**

**BS □**

# Würdiges Gedenken

AG 60plus bei Gedenkveranstaltung Ravensbrück

**Wenn man an der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück über den Schwedtsee nach Fürstenberg (Havel) schaut, das frische Frühlingsgrün mit den vielen Blüten genießt und dem vielfältigen Vogelsang lauscht, dann könnte man von dieser Idylle schwärmen. Frieden und Ruhe kennzeichnen diese Gegend. Und doch lassen sich die Gedanken an das, was hier bis 1945 geschah, nicht verdrängen.**

Auch die inhaftierten Frauen, Kinder und Männer waren von dieser Idylle umgeben, aber sie hatten sicherlich kein Empfinden dafür. Sie mussten Tag für Tag, Stunde für Stunde befürchten, von den KZ-Schergen geschlagen, gefoltert, gedemütigt und getötet zu werden. Vor diesem Schrecken trat alles andere in den Hintergrund.

Dieser Widerspruch ist für die Besucher der Mahn- und Gedenkstätte immer wieder beklemmend. Es gibt wohl keinen, der sich von dem schrecklichen Geschehen dort frei machen kann.

14 Genossinnen und Genossen waren am 18. April nach Ravensbrück gefahren zum 65. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Es war eine beeindruckende Gedenkveranstaltung mit mehr als 1.500 Teilnehmern an einem herrlichen Frühlings- tag unter freiem Himmel. Die Gestaltung hatte die Leitung der Gedenkstätte mit viel Sinn für Würde übernommen.

Reden von Dr. Annette Chalut, der Präsidentin des Internationalen Ravensbrück Komitees, des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und der Bundesministerin Schavan gaben der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Das Gedenken klang aus mit dem traditionellen Kaddisch, vorgetragen von der Kantorin Mimi Sheffer aus Berlin.

Für die AG 60plus Berlin ist die Teilnahme an dieser Gedenkveranstaltung seit mehr als 10 Jahren Tradition. Hier kommt es Jahr für Jahr zur Begegnung mit ukrainischen Frauen aus Simferopol (Krim), die bis



Die AG 60plus bei der Kranzniederlegung in Ravensbrück.

Foto: Schulz

1945 in Ravensbrück inhaftiert waren. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung findet regelmäßig unter der Betreuung des Fürstenberger Fördervereins ein geselliges Miteinander statt, bei dem viel über das Leben in der Ukraine erzählt wird.

Zur ukrainischen Delegation zählten diesmal fünf Frauen, unter ihnen nur noch zwei ehemalige Lagerinsassinnen. Werner Ratajczak und Heinz Graupner, die Initiatoren aus der AG 60plus, übergaben den Frauen 2.000 €, die im Laufe eines Jahres auf verschiedenen Veranstaltungen der SPD gesammelt worden sind. Dieses Geld ist für die ukrainischen Frauen eine große Hilfe, denn sie führen dort ein ärmliches Leben, wie es hier kaum vorstellbar ist.

Der Landesvorsitzende der AG 60plus dankte dem Fürstenberger Förderverein für die Gestaltung des Beisammenseins, und versprach den ukrainischen Frauen, die Beziehung weiterhin zu pflegen. Für 2011 hoffen alle auf ein glückliches Wiedersehen.

Am Nachmittag des 20. April fuhr die ukrainische Delegation mit dem Zug wieder in ihre Heimat, nachdem sie zuvor das historische Museum in Karlshorst besucht hatte. Dort konnten sie den Raum sehen, in dem am 8. Mai 1945 Hitler-Deutschland endgültig kapitulierte und Krieg und Terror durch die Nazis vorbei waren.

Werner Kleist □

## Konferenz zur Integration

**Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses lädt am Montag, d. 3. Mai zur Diskussionsveranstaltung „Sozialen Aufstieg ermöglichen - Integration fördern“.**

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Michael Müller referieren und diskutieren Prof. Hajo Funke (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft) und der Regierende Bürgermeister Klaus Wo-

wereit. Die Moderation hat Raed Saleh, Integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Wie können die Erfolge durch politische Schwerpunktsetzung weiter ausgebaut werden? Wie kann Integrationspolitik als soziales Aufstiegsprogramm funktionieren? **PM □**

➔ Montag, den 3. Mai 2010, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte

## FRAKTION INTERN

**Stadtteiltage in Lichterfelde und Friedenau.** Die Veranstaltungsreihe „Berliner Stadtteiltage“ der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist nach Tempelhof und Lichterfelde-West als nächstes in Friedenau zu Gast. In Lichterfelde-West hat der Abgeordnete Michael Arndt am 28. April die Themen energetische Modernisierung, städtebauliche Entwicklung und Mehrgenerationenwohnen anhand von interessanten Beispielen in der Umgebung vorgestellt. Dazu gehörte auch ein Rundgang auf dem Gelände der Schwimmhalle Finckensteinallee. Am Abend sollten die Charité-Reform und Perspektiven für den Campus Benjamin-Franklin mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner diskutiert werden.

Am 7. Mai lädt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat zum Stadtteiltag nach Friedenau ein. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Besuch der Kita Riemenschneider Weg, der Peter-Paul-Rubens-Schule, der Askania Uhrenmanufaktur sowie ein Gedenkrundgang zu den Stolpersteinen der Stierstraße mit dem Senator für Inneres und Sport, Ehrhart Körtig. Am Abend gibt es bei den Friedenauer Gesprächen eine Diskussion mit Senatorin Ingeborg Junge-Reyer zu den Themen Zukunft des Tempelhofer Feldes und Umgestaltung des Breslauer Platzes. Alle Informationen zu Terminen und Programmabläufen der Berliner Stadtteiltage sind im Internet unter [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de) zu finden oder können bei Rowena Paech unter der Telefonnummer 23 25 22 34 erfragt werden.

**Verkehrspolitisches Fachgespräch.** Die SPD-Fraktion hat am 26. April 2010 zu einem verkehrspolitischen Fachgespräch über die Zukunft der Berliner S-Bahn eingeladen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Parlamentarischen Geschäftsführer und verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Christian Gaebler.

Vertreter der BVG, des privaten Verkehrsunternehmens Veolia Verkehr, des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg und des Fahrgastverbandes IGEBB diskutierten dabei verschiedene Modelle für den zukünftigen S-Bahn-Betrieb in Berlin. Unabhängig vom zukünftigen Betreiber wurden dabei folgende Problembereiche festgestellt: die Beschaffung der Fahrzeuge und die Finanzierungskosten, die Notwendigkeit langfristiger Regelungen für Personal- und Fahrzeugüberlassung an die Betreiber, die Transparenz bei den Kosten für Netz und Stationen sowie die Sicherung der Einflussmöglichkeiten des Landes Berlin in allen Bereichen. **cs □**

## Wohnungspolitik:

# „Keine Spekulation mit Wohnraum“

Raed Saleh und Ulrike Sommer: Warum der GSW-Börsengang so umstritten war

**Im SPD-Landesvorstand lehnte eine Mehrheit den Börsengang der GSW ab, in der Abgeordnetenhaus-Fraktion war eine Mehrheit für ein Ja zum Börsengang. Die Auseinandersetzung um die Wohnungsbaugesellschaft GSW war hart, die Fetzen flogen im Landesvorstand und in der Abgeordnetenhausfraktion und die Gegnerinnen und Gegner des vorzeitigen vollständigen Börsengangs der GSW kämpften zum Schluss in beiden Gremien. Dafür gab und gibt es gute Gründe - auch wenn sie letztlich guter demokratischer Tradition folgten und sich der Mehrheit beugten.**

Dennoch sind wir nach wie vor der Überzeugung, dass es das falsche Signal ist, den „Heuschrecken“, also Cerberus und Goldman Sachs, die Möglichkeit zu eröffnen, das gesamte GSW-Paket vorzeitig an der Börse zu platzieren.

## DER FEHLER LAG IM VERKAUF 2004

Was spricht für den kompletten Börsengang? Der Senat argumentiert, er habe ohnehin zustimmen müssen, dafür nun aber immerhin 30 Millionen Euro herausgeholt, einen Sitz im Aufsichtsrat sowie die Zusage, dass 100 Millionen Euro in die GSW fließen und der Firmensitz in Berlin bleibt.

Der Fehler sei 2004 mit dem Verkauf gemacht worden, heißt es nun. Wenn sich der Senat jetzt dem vollständigen Börsengang verweigere, werde eben nur die eine Hälfte der GSW in Aktien umgewandelt, der Rest gehe an andere Anleger. Das sei auch ohne ein Votum des Senats möglich. Außerdem sollten wir doch, sagte Finanzsenator Ulrich Nußbaum im Landesvorstand, froh sein, diese Investoren los zu sein, was könne es Schlimmeres geben als diese?

## ERHEBLICHE AUSSCHÜTTUNGEN

Das werden wir nun sehen. Dass die derzeitigen Besitzer alles andere als harmlos sind, haben sie gezeigt. Immerhin hat die GSW im vergangenen Jahr in etwa so viel Gewinn ausgeschüttet, wie sie die Investoren vor sechs Jahren gekostet hat. Das ist ein hübsches Kunststück, galt die GSW doch einst als zu marode, um weiter in öffentlicher Hand geführt zu werden.

Wie das geht? Nun, wer Mieten erhöht und Handwerker knebelt und auch sonst nicht eben zimperlich ist - Ulrich Nußbaum bestätigte, dass die Erfahrungen mit



Streitauflöser GSW.



Raed Saleh ist Kreisvorsitzender der SPD Spandau und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ulrike Sommer ist Beisitzerin im SPD-Landesvorstand.



den Investoren nicht eben glücklich zu nennen sind - der macht eben einen solchen Gewinn.

Der Staat kann das nicht? Wir sagen: Das ist auch gut so. Und das ist genau der Grund, warum wir uns auf breiter Front für die Rekommunalisierung einsetzen. Wir reden über den Kauf der S-Bahn, der Gasag, wir denken über die Wasserbetriebe nach, wir haben hochfliegende Wünsche, weil nun endlich Allgemeingut wird, was viele in der Berliner SPD schon länger sagen: Privatisierungen sind keine Allheilmittel, im Gegenteil.

Öffentliche Dienstleistung gehört in staatliche Hand. Und Wohnungen, das haben wir erst auf dem Landesparteitag vor einem Jahr beschlossen, dürfen nicht Gegenstand von Börsenspekulationen sein.

## EIN „NEIN“ WÄRE EIN GUTES SIGNAL GEWESEN

Es wäre aus unserer Sicht ein schönes Signal gewesen, Nein zu sagen zum vorzeitigen, vollständigen Börsengang. Hätten wir doch so dokumentieren können, dass wir uns tatsächlich an unsere Beschlusslage halten. Dass die Menschen sich auf uns

verlassen können, wenn wir sagen, dass wir gelernt haben aus den Fehlern der Vergangenheit. Und dass der Verkauf der GSW ein Fehler war, das sagen selbst all jene bei SPD und Linkspartei, die nun für den Börsengang sind.

Damals, vor sechs Jahren, machte der Senat den Abgeordneten das Ja schmackhaft mit dem Versprechen eines herausragenden Mieterschutzes bis 2014. Nun heißt es, dieser Mieterschutz gelte die nächsten drei Jahre weiter, aber nicht länger, was aber auch kein großer Verlust sei, denn der echte, wirkliche, eigentliche Mieterschutz leiste das Mietrecht und das gelte immer und für alle. Auf einmal?

## VERTRAGSSTRAFE BEI EIGENTÜMERWECHSEL

Damals versprach der Senat, man werde darauf pochen, dass der Eigentümer nicht vorzeitig wechsele und verwies auf die Vertragsstrafe und den Passus, dass ein vollständiger Börsengang vor 2014 das Votum des Senats benötige. Die Vertragsstrafe belief sich auf 32 Millionen Euro. Der Landeshaushalt bekommt jetzt 30 Millionen Euro. Wo ist der Rest?

Es wird gesagt, die Vertragsstrafe einzuklagen brauche viele Jahre, die 30 Millionen würden uns sofort überwiesen und 100 Millionen Euro fließen in das Unternehmen. Ach ja? Wie hübsch für die „Heuschrecken“, Papiere zu verkaufen mit dem Versprechen, dass eben noch 100 Millionen in das Unternehmen geflossen sind. Das Geld liegt da wie ein funkelnder Schatz - bereit, blitzschnell von den neuen Eigentümern abgezogen zu werden. Wer will sie daran hindern?

## EIN UNNÖTIGER KONFLIKT

Der Senat sagt, er hätte die Sache auch alleine entscheiden können, habe aber ein Votum des Parlaments gewollt. Warum? Um die SPD vorzuführen? Nach dem Motto: Seht her, wir machen weiter die alte, kapitalfreundliche Politik und die Kritiker werden sich schon beugen? So gesehen war dies ein unnötiger Konflikt. Ohne dass wir das je wollten, ging es plötzlich auch um die rot-rote Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Dabei dachten wir bei unserem Nein nur an die Mieterinnen und Mieter. Denn wir nehmen unser Versprechen ernst: Keine Spekulation mit Wohnraum. Auf diesem Weg werden wir weitergehen.

**Raed Saleh, Ulrike Sommer** □

# Mittelstand stärken

## Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen

**Die Selbständigen in der SPD Berlin wählen in diesen Wochen neue Kreisvorstände und am 26. Mai 2010 in einer Vollversammlung den Landesvorstand.**

Zur Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD Berlin (AGS) gehören über 1000 Berlinerinnen und Berliner aus dem Dienstleistungsgewerbe, aus Handwerk, Handel und den freien Berufen. Wir führen kleine und mittlere Betriebe. Übrigens haben 2/3 dieser Mittelständler weniger als 10 Beschäftigte und gehören damit zu den echten Kleinbetrieben. Diese vielen tausend kleinen und mittleren Betriebe in Berlin stellen aber weit mehr Arbeitsplätze als die Industrie und die meisten Ausbildungsplätze in der Stadt. Gerade bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit sind diese Selbständigen Garanten für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und die schnelle Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Wir Sozialdemokraten wollen in der Berliner Politik das erfolgreiche Miteinander der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Industrie, Mittelstand und Selbständigen in Handwerk und Einzelhandel sowie Freibe-

ruflern und anderen Gewerbetreibenden besonders durch Bestandssicherung und Förderung von Unternehmensgründern durch eine innovative Mittelstandspolitik unterstützen.

Die 30.000 Handwerksbetriebe, 10.000 Einzelhändler, die vielen tausend Freiberufler, Ärzte, Rechtsanwälte usw. schaffen aber nicht nur Arbeitsplätze, sondern sichern auch die Lebensqualität in unseren Berliner Kiezen. Frauen mit kleinen Kindern und ältere Mitbürger, die nicht mit dem Auto am Stadtrand in Großmärkten einkaufen können, brauchen die wohnungsnahe Versorgung durch die kleinen Läden in ihrer Nachbarschaft.

Was aus den Straßen ohne menschliche Kontakte wird, kann man in fast jedem Kiez beobachten. Erst schließt die Post ihre Filiale an der Ecke, dann macht der Bäcker zu, der Blumenladen geht Pleite und zum Schluss schließen noch die Lebensmittelfilialen. Auf kurzen Straßenabschnitten sind 5 oder 8 Läden geschlossen und das Miteinander, die Lebensqualität im Kiez ist tot.

Die AGS fordert deshalb vernünftige

wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für den Berliner Mittelstand. Dazu wenden wir uns mit Veranstaltungen und Presseerklärungen an die Öffentlichkeit, informieren in der SPD die Gremien über die Situation des Mittelstandes und stellen Anträge auf Landesparteitag.

Wichtige Themen für die Berliner AGS waren in den vergangenen Jahren: die Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Gewerberaummieten, Lohnkostenzuschüsse für Kleinbetriebe (begrenzt auf 2 Arbeitsplätze), Sicherung der Kaufkraft durch Mindestlöhne, gerechtere Steuerpolitik, Subventionen an Arbeitsplätze binden, ermäßigter Stenersatz für Handwerker, Kleinkredite zur Bestandssicherung, Auftragsvergabe der Öffentlichen Hand an Kleinbetriebe, Senkung der Mindestbemesungsgrundlage in der Krankenversicherung,

Die notwendigen inhaltlichen Diskussionen werden in den Landesvorstandssitzungen durchgeführt. Hierzu sind auch alle selbständigen SPD-Mitglieder aus den 12 Kreisen herzlich eingeladen. Diese offenen Landesvorstandssitzungen finden jeweils am 2. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin-Wedding, statt. **Jürgen Müller,**

**Vors. der AGS Tempelhof-Schöneberg** □

# Wir brauchen viel mehr Mut

## Katharina Körting über Rituale und die Erneuerung in der Partei

**Neulich habe ich ein Forum zur Zukunft der SPD besucht. Die Genossinnen und Genossen waren eingeladen, über Perspektiven und Schlussfolgerungen für die Arbeit auf lokalen Ebenen zu sprechen. Ich bin da hingegangen in der Hoffnung auf konstruktive Vorschläge für die Praxis - und wollte auch selbst etwas beitragen, zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Eine dafür vorbereitete Rede habe ich sogar, zur Probe, meinen Kindern vorgetragen, um zu testen, ob sie nicht etwa langweilig sei, denn ich hab in solchen Dingen ja keine Übung.**

Doch trotz der freundlichen Ermutigung meiner Familie habe ich meinen Sprechzettel dann lieber in der Hosentasche gelassen, unterließ es, den Gang anzutreten zum Rednerpult vorne in einem Rathaus-Sitzungssaal.

Ich fühlte mich eingeschüchtert und gehemmt. Schon die Sitzordnung wirkte auf mich, die ich mich noch nicht seit Jahren oder Jahrzehnten an den altherwürdigen Strukturen und Parteigebräuchen abarbeitete, verkrampt: Vorne thronen die Funktionäre, während sich unten und vor ihnen wie Schüler (wie Wähler?) die restlichen Mitglieder versammelten. Als müsse noch



Mehr „Wir im Kiez“: Infostandaktion der Charlottenburger SPD. Foto: Golm

dem letzten gezeigt werden: Wer seine „Ochsentour“ hinter sich hat, klebt danach umso heftiger an der so hart eroberten Parteifunktion: auf irgendeinem Stuhl in irgendeinem Amt.

GROSSES MURREN VON UNTEN  
NACH OBEN

Solcherlei Äußerlichkeiten sind nur scheinbare - und unwillkürlich fragte ich mich: Warum schafft man nicht eine kommunikativere Gesprächssituation, bei der

man sich gegenseitig in die Augen schaut? Auf Augenhöhe, wie es bei jeder politischen Gelegenheit so gerne heißt? Aber ich habe nichts gesagt. Es schien so unpassend: Nach den Vorsitzenden (ausschließlich Männern), traten die basisverdienten Genossen (zwei Drittel Männer) der verschiedenen Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Funktionen nach vorne und äußerten routiniert Grundsätzliches.

Das fing mit dem Zweiten Weltkrieg an, ging weiter mit der Agenda 2010, mit Afghanistan und hörte mit dem mangelhaft gemanagten Berliner Schneechaos noch nicht auf. Die wenigen Stimmen, die konkrete Vorschläge machten, verhallten, und die Anwesenden ließen ihr eigenes großes Murren müde über sich ergehen (sie konnten das wohl schon): gegen den Senat, gegen „die Verwaltung“, gegen die Eigenen. Angesichts dieses großen Meckerns kamen mir meine kleinen Vorschläge unangebracht vor. Schließlich verließ ich die Veranstaltung mit einem hohlen Gefühl im Bauch - und mit einigem Zweifel, wie so eine Partei, so ein Apparat, irgendjemanden dazu ermuntern kann, sich politisch zu engagieren, der nicht von vornherein auf Amt und Mandat und Stadtratpension auf Lebenszeit aus ist.

**Fortsetzung von Seite 11**

Dabei hatte ich vorher einige Zeit investiert, mich vorbereitet, um etwas beitragen zu können, denn die vielbeschworene Erneuerung verstehe ich als Prozess, der nach innen wie nach außen notwendig ist - im Umgang miteinander wie bei der Kommunikation mit dem Bürger. Beides funktioniert zurzeit, vorsichtig ausgedrückt, eher mäßig - und daran sind nicht nur die bösen bürgerlichen Medien Schuld. Es ist wohl auch eine Gewohnheitssache. Und eine Frage der Haltung: Wie stehe ich, SPD-Basis, zu Öffentlichkeit und Transparenz? Wie viel Bewegung halte ich, Partei-funktionär, aus?

Fangen wir mit dem Innenleben der Partei an. In vielen Abteilungen, so hört man, kommen nicht allzu viele Mitglieder zu den Versammlungen, im Durchschnitt etwa zehn Prozent, und man schönt eher ein bisschen nach oben, wenn man danach gefragt wird. Oft sitzen dann acht oder neun Leute um einen Kneipentisch und fragen sich, wie sie sich motivieren sollen. Es gibt einen Referenten, und man hat auch allerlei Themen, und diesen oder jenen Antrag zu besprechen, aber es scheint doch einigermaßen die Luft raus zu sein. Und es scheint keine große Bereitschaft zu geben zu überlegen, woran das wohl liegen - und wie man daran etwas ändern könnte. Aber wie wollen wir neue Mitglieder gewinnen, wenn wir nicht mal die vorhandenen aktivieren können? Wen ermutigen wir, wenn wir schon aufeinander so demotivierend wirken? Wie schaffen wir es, die Türen weit aufzumachen, frischen Wind reinzulassen, Fähigkeiten zu erfragen und zu integrieren, Talente zu fördern, zum Mitmachen zu ermutigen? Nicht jeder ist dafür geschaffen, sich in Grundsatzdebatten zu verkämpfen - und insbesondere Frauen sind, scheint mir, häufig eher interessiert an praktischer Arbeit, an konkreten Lösungen - und leichter abgeschreckt von lautem Gepolter und Amtshuberei (das kennen sie wohl schon aus allerlei anderen Zusammenhängen und sagen dann viele dann lieber erstmal gar nichts, beschränken sich auf die bewährte Dienstleistungshaltung als Steigbügelhalterin und Stimmungsaufhellerin -oder ziehen sich bald wieder still zurück - fatal für die Partei!).

Zu beobachten ist auch: Man(n) verwendet eine Menge Energie und Leidenschaft darauf, sich gegenseitig zu behindern - und hat dann wenig Kraft übrig, darüber nachzudenken, wie wir unseren Kiez, unseren Bezirk, unsere Stadt gemeinsam gestalten wollen: Wo wollen wir in zehn Jahren stehen? Und wie schaffen wir das? Mit wem? Reicht das, was da ist - oder brauchen wir mehr? Ich denke: Wir brauchen mehr: mehr gute Ideen. Mehr gute Leute. Und viel mehr Mut.

Wenn aber schon aus, sagen wir, mittel-

bedeutenden lokalen Vorstandswahlen ein mittlerer Show-Down wird, samt Wiederbelebung alter „Kungelrunden“ - dann wird das wohl erstmal nichts mit der „Erneuerung“, und schon gar nichts mit Transparenz.

Viele beschwerten sich darüber, dass die Bundespartei „Ein Weiter so wird es nicht geben“ nur behauptet. Aber dieselben Leute, die so gerne auf „die da oben“ in der Partei schimpfen und sich nicht genügend gehört fühlen, machen auf ihren unteren Ebenen selbst weiter so. Hören selbst nicht zu.

Ich fürchte, wir haben noch nicht verstanden: Solange bestimmende Kräfte auf allen Ebenen in der Partei anstatt auf Beweglichkeit und Bewegung auf Beharrungsvermögen setzen, wird für Neues kaum Platz sein in dieser SPD, kein Raum für Entwicklung.

Wenn wir es nicht hinkriegen, eine gute solidarische Arbeitsatmosphäre zu schaffen und viel mehr Mitglieder und aktive Bürger ins Boot zu holen, dann bleibt all das Reden von Mitmachen und Dialog auch bei uns nur hohles Gerede. Und es fehlt ja nicht nur an der offenen Auseinandersetzung und Transparenz nach innen. Wir müssen dringend auch nach außen erkennbarer werden, Präsenz zeigen, wieder zum Ansprechpartner für die Leute auf der Straße werden - nicht nur, wenn Wahlkampf ist. Was könnte man hier besser machen?

○ Auf die Straße gehen: Die Abteilungen könnten sich häufiger (auch mit den BVV-Fraktionen) für Aktionen zusammentun - immerhin sind die Berliner Abteilungsgrenzen zum Teil arg willkürlich und haben wenig mit den Themen zu tun, die im Kiez wichtig sind - Mieten, Bauen, Klimaschutz, Verkehr, Schulreform, lokale Wirtschaftsförderung, Integration... Wir haben doch die Themen! Wir sehen direkt vor Ort, was passiert!

○ Vielleicht könnte man perspektivisch sogar ein (durch die Stadtviertel wandern-des? Mobiles?) SPD-Café aufbauen, das regelmäßig zum Bürgerstammtisch oder zu Info-Veranstaltungen einlädt, ein lebendiger Treff und Aushängeschild für die SPD vor Ort wird, wo der Bürger sich unverbindlich und punktuell informieren, ins Gespräch kommen kann, eventuell eine Ausstellung betrachten, beim fair gehandelten Kaffee oder Orangensaft mit Genossinnen und Genossen an der Basis diskutieren - nah dran am Bürger - in der Partei verankert.

○ Wir könnten Kreiszeitungen ins Leben rufen, das wurde ja schon vorgeschlagen. „Was macht eigentlich die SPD bei mir um die Ecke?“, erfahren dann die Leser. Gute Idee, hilfreich, bürgernah. Die Botschaft: WIR IM KIEZ.

○ Potenzial strukturierter ausschöpfen -

und anerkennen: Was kann der Einzelne? Welche Fähigkeiten gibt es? Wissen die Mitglieder voneinander, was sie eigentlich können - welche Hobbys sie pflegen? Welche Berufe sie haben? Was für Erfahrung sie einbringen können? Wird das (genügend) genutzt - und anerkannt? Das fängt bei Kleinigkeiten an: Haben die einzelnen Abteilungsmitglieder die Telefonnummern ihrer Abteilungsgenossen? Ihre Emails?

○ Und die Neumitgliederbetreuung könnte vielleicht durch die Kreisverbände sinnvoll ergänzt werden. Als Neue interessiert mich ja auch, mit wem ich da eigentlich in meinem Bezirk auf Parteiebene zu tun bekomme. Wie ich mich einbringen kann. Wer für was verantwortlich ist. Wie die Verfahren sind. Was es mit Anträgen oder Fristen auf sich hat. Als Neue steht man vor einem Dschungel an Gremien, Arbeitsgruppen, Personal auf unterschiedlichsten Ebenen mit heterogenen Kompetenzen - und sieht den SPD-Wald vor lauter Bäumen nicht. So trägt man schwer an einer Art Holschuld, was Informationen betrifft. Sicherlich ist Politikmachen nicht jedermanns Sache, aber können wir uns diese Art von Initiationsritus, von Härteprobe noch leisten - oder sollten wir unsere Leute, nicht zuletzt Frauen, Jüngere, Migranten, besser mehr an die Hand nehmen?

○ Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn die Kreisverbände (oder der Landesverband mit den Kreisverbänden) ein bezirkedifferenziertes Handout für Neumitglieder entwickeln, einen Basisführer.

**EINFANGEN, WAS WIR KRIEGEN  
KÖNNEN: WIR KÖNNEN MEHR!**

Bald ist wieder Wahlkampf in Berlin. Sind wir schon kampagnenfähig? Sind wir von unserer Sache überzeugt und bereit, andere zu überzeugen? Haben wir die richtige Sprache gefunden, die möglichst wenig Floskeln zum Weghören - und möglichst viele Argumente zum Hinhören findet? Sind wir glaubwürdig?

Zum Schluss eine Prognose: Die Trennlinie zwischen Mitgliedern hier und Bürgern dort wird für die Öffentlichkeitsarbeit an Bedeutung verlieren. Selbstdarstellung und Selbstmotivation einer Partei werden sich vermischen, nicht nur wegen des Internets, auch nicht nur wegen der „Medien-gesellschaft“. Das politische Engagement selbst ändert sich: Es wird präziser, anspruchsvoller, aber auch beliebiger. Darauf müssen die unteren Ebenen zuerst reagieren - und sie spüren das auch zuerst. (Die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre sind laute, dennoch meist überhörte Alarmsignale!) Wir müssen davon einfangen, was wir kriegen können! Damit dies keine Floskel ist: Die SPD kann mehr.

**Katharina Körting** □

Köpenicker Blutwoche:

# Nazi-Terror löschte eine Familie aus

Oliver Igel erinnert an Anton und Johannes Schmaus

**Die Nationalsozialisten begannen ihre Diktatur in Deutschland mit Terror. Die Köpenicker Blutwoche im Juni 1933 ist dafür ein Beispiel. Gegner der Nazis - seien es Christen, Kommunisten oder Sozialdemokraten - wurden in der Köpenicker Blutwoche in einem blutigen Spektakel gefangen genommen, grausam gefoltert und getötet.**

Eines der Opfer war Anton Schmaus. Am 19. April wäre er 100 Jahre alt geworden. Dass er dieses Alter nicht mehr erreichen konnte, lag an dem Nazi-Terror, dem er zum Opfer fiel.

Schmaus, ein gelernter Zimmermann gehörte der Sozialistischen Arbeiterjugend, der SPD und der Reichsbannerjugend an. Die Familie Schmaus war in Köpenick als Nazi-Gegner bekannt. Vater Johannes Schmaus war Gewerkschaftsfunktionär und SPD-Politiker. Am Mittag des 21. Juni 1933 überfielen SA-Leute die Wohnung der Familie Schmaus, fanden Vater und Sohn jedoch nicht vor. Am Abend kamen die SA-Leute erneut. Anton Schmaus wehrte diesen erneuten Übergriff mit seiner Waffe ab, drei SA-Leute starben durch seine Waffe. Schmaus floh - nur mit seiner Badehose bekleidet, stellte sich dann aber der Polizei. Er wollte den Vorfall aufklären und seine Notwehrsituation beweisen. Doch dazu kam es nicht. Die SA hatte sich für Lynchjustiz entschieden.

Während der Köpenicker Blutwoche gab es einen Konflikt zwischen der Polizei, die Verbrechen der SA verhindern wollte, und



Anton Schmaus wurde nur 23 Jahre alt.

der SA. Anton Schmaus setzte seine Hoffnung auf die Polizei und erwartete hier Schutz vor der SA. Er hatte Recht mit seiner Furcht: SA-Leute versuchten, Schmaus bei der Polizei in ihre Hände zu bekommen. Bei einem Gerangel traf Anton Schmaus ein Schuss, der ihn schwer verletzte.

Sein Vater Johannes wurde von der SA am 22. Juni 1933 im Stall seines Hauses erhängt. Dessen Frau wurde im Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis misshandelt. Sie überlebte die Taten zwar, litt seitdem aber unter einer Geistesstörung und starb 1943. Ihre 13-jährige Tochter Gretchen wurde ebenfalls verhaftet und musste bei den Misshandlungen in einem SA-Lokal zuschauen.

Die Nationalsozialisten nutzten den Vorfall bei der Familie Schmaus bewusst für

ihre Propaganda. Sie inszenierten eine Trauerwoche für die in Notwehr getöteten SA-Leute. In der Groß-Berliner Ost-Zeitung wurde am 23. Juni auf der Titelseite das Verbot der SPD in den Zusammenhang mit der Schießerei im Hause Schmaus gebracht. Hier standen nicht die Folterungen und Morde der SA im Mittelpunkt, sondern die „Bluttat“ von Anton Schmaus. Mehrere Trauerfeiern, unter anderen auch mit Beteiligung von Joseph Goebbels, wurden veranstaltet und sogar eine Spendenaktion für die SA-Leute gestartet. Goebbels schreibt am 23. Juni in sein Tagebuch: „Der totale Staat lässt nicht mehr lange auf sich warten“.

Anton Schmaus wurde von der SA aus dem Staatskrankenhaus verschleppt und weiter gefoltert. Er starb schließlich an den Folgen der Misshandlungen am 16. Januar 1934 im Krankenhaus Scharnhorststraße. Er wurde nur 23 Jahre alt.

Ohne den Nazi-Terror 1933 hätte Anton Schmaus heute noch leben können. Er ist für uns eine Mahnung vor Diktatur und Terror. Dies gilt umso mehr, als mit der Präsenz der NPD in der BVV Treptow-Köpenick die nationalsozialistische Diktatur verharmlost und der Krieg verherrlicht wird.

Das Grab von Anton Schmaus befindet sich auf dem Parkfriedhof Marzahn. In Neukölln erinnert mit dem „Anton-Schmaus-Haus“ die Sozialistische Jugend Deutschlands, die Falken, in ihrer größten Berliner Jugendeinrichtung an das Opfer der Blutwoche. **Oliver Igel** □

Zum 100. Geburtstag:

## Berlin als Drehscheibe zwischen Ost und West

Wirtschaftssenator Karl König (1910 - 1979) baute den Handel mit dem Osten aus

**„Ein Mann der Tat ging von uns“, war der Nachruf von Günter Brunner in der Berliner Stimme vom 17. März 1979 überschrieben. Drei Tage zuvor war der ehemalige Wirtschaftssenator Karl König verstorben, seit 1975 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Zwei Wochen bevor er sein Amt abgegeben hätte, erlag er auf dem Rückweg von der Leipziger Messe einem Herzschlag.**

Geboren wurde König am 9. Mai 1910 in Alsenz/Rheinhausen. Als junger Student kam er nach Berlin, wo er die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Demokraten erlebte. Seine sozialdemokratische Überzeugung brachte ihm eine dreijährigen Zuchthausstrafe ein und führte zur

Einberufung ins Strafbataillon 999 und damit an die Front. Nach fünfjähriger russischer Gefangenschaft kehrte er 1949 nach Berlin zurück und beendete sein Wirtschaftsstudium. Er wurde Vorstandssekretär bei der Bewag, später Erster Geschäftsleiter der BVG und war dort so erfolgreich, dass er vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt 1965 als Nachfolger von Karl Schiller zum Senator für Wirtschaft vorgeschlagen wurde.

Zehn Jahre lang übte er dieses Amt aus. Eine Zeit, in der er die Wirtschaftsbeziehungen in Richtung Westen festigte und in Richtung Osten neu entwickelte. Berlin, seit 1961 von der Mauer umgeben, sollte neben den politischen auch die wirtschaftlichen Kontakte zur DDR ausbauen.

„Er hat viele persönliche Kontakte mit östlichen Wirtschaftsfunktionären geknüpft und so allmählich eine Basis des Vertrauens geschaffen“, schrieb Günter Brunner. „Viele Berliner Firmen haben davon profitiert. Mit der Gründung der Firma Berlin-Consult und der Einschaltung dieser Firmen in das Ost-West-Geschäft hat Karl König einen Weg gewiesen, der modellhaft für das Wirken des damaligen Wirtschaftssenators auf diesem Gebiet stehen kann.“

West-Berlin, so Karl Königs Vorstellung, sollte ein wenig unabhängiger von den Bonner Subventionszahlungen werden. Deshalb arbeitete er daran, die Stadt „zur Drehscheibe zwischen Ost und West“ zu machen und Industrie wieder in der Stadt anzusiedeln. **BS** □

# Sommer in Treptow-Köpenick

SPD schreibt Fotowettbewerb aus - Ausstellung im kommenden Jahr geplant

**„Sommer im Bezirk“ lautet das Thema eines Fotowettbewerbs in Treptow-Köpenick.**

Die SPD ruft alle Treptow-KöpenickerInnen auf, in ihrem Bezirk zu fotografieren - von Balkonien bis zum Müggelsee, von der Straßenszene bis zum Portrait, von der Landschaft bis zum Kinderbild, vom Wehmütigen bis zum Skurrilen und Komischen.

Eine Jury wählt die interessantesten Arbeiten aus. Die ausgewählten Fotografien

werden in der Galerie „Kunst trifft Politik“ ausgestellt, die drei allerbesten bekommen Sachpreise.

Fotos können ab sofort bis Ende September eingereicht werden. Voraussetzung: die Autorin oder der Autor hat eine Adresse im Bezirk, es können maximal drei Fotos pro Autorin / Autor eingereicht werden, als Papierformat wird gewünscht ca. 20 x 30 cm (oder größer), Fotos können in Farbe oder schwarzweiß sein und sollten sich auf 30 x 40 cm (oder A3) vergrößern lassen, Titel

und Kurzbeschreibung sollte dabei sein, der Name des Autors, der Autorin ist wichtig und erwünscht ist eine Kurz- Vita.

Die Vernissage wird dann im Jahre 2011 stattfinden. Alle Fotos werden bei vollständigem und leserlichem Absender in jedem Fall zurückgesandt.

Fotos können per Post geschickt oder persönlich abgegeben werden.

➡ SPD-Kreisbüro, Stichwort: Galerie Kunst trifft Politik, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

- SPD Treptow-Köpenick, **Vernissage mit Walpurgisfeuer**, „Fantastische Figuren - Geschöpfe - Kreaturen“ Bilder von Michaela Bartanova aus Prag, Freitag, 30. April, 18.00 Uhr, SPD Kreisbüro, Hinterhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin
- SPD Mitte, **Tanz in den Mai**, mit DJ Don Rispetto, Freitag, 30. April, ab 21.00 Uhr, Nachbarschaftsetage, Fabrik Osloer Straße e.V., Osloer Str. 12, 13359 Berlin
- Die Berliner SPD bei der **Maidemonstration** mit Klaus Wowereit und Michael Müller und Wolfgang Thierse, Samstag, 1. Mai, ab 9.30 Uhr, Treffpunkt an der Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung An der Urania
- **Maifeste der Berliner SPD** - siehe Seite 1
- SPD Fraktion Lichtenberg, **Wölfe im Schafspelz**, Diskussion zur politischen Arbeit der NPD in der BVV mit Annika Eckel, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Eva Prausner, Licht Blicke - Netzwerk für Demokratie und Toleranz, Ole Kreins, SPD Fraktion Lichtenberg, Montag, 3. Mai, um 18.30 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin
- SPD Fraktion, **Sozialen Aufstieg ermöglichen - Integration fördern**, Montag, 3. Mai, um 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
- SPD Friedrichshain-Kreuzberg - Abt. 13 und Forum DL21 e.V., **Zeit für Frieden in Afghanistan**, Diskussion zur Afghanistanpolitik und zu anderen außenpolitischen Fragen mit Rolf Mützenich, MdB und Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Björn Böhning, Sprecher Forum DL21, Montag, 3. Mai, um 19.30 Uhr, Turnhalle, Holteistraße 6-9, 10245 Berlin, Anmeldung und weitere Informationen: Tel. 4692-238, Email: veit.swoboda@forum-dl21.de
- Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Klaus Lehnert**, Projektleiter (Päd.) „Campus Rütli - CR<sup>2</sup>“, Mittwoch, 5. Mai, um 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg | Der Eintritt ist frei!
- Kulturforum Stadt Berlin, **Die Dinge um uns: Szenische Lesung zu Wilhelm Wagenfeld**, Mittwoch, 5. Mai, um 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Eintritt: 7,00 Euro. Bitte anmelden unter: post@kultur-in-berlin.com
- Fachausschuss Gesundheit und Soziales / Ülker Radziwill, MdB, **Aktuelle Fragen der Berliner Sozialpolitik**, Referent: Rainer-Maria Fritsch, Staatssekretär Senatsverwaltung für Soziales, DIE LINKE, Mittwoch, 5. Mai 2010, von 19.00 bis 21.00 Uhr, Abgeordnetenhaus Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
- SPD Fraktion, **Berliner Stadtteiltage - Dilek Kolat in Friedenau**, Zukunft Tempelhofer Feld und Umgestaltung Breslauer Platz, mit

Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung, Freitag, 7. Mai 2010, um 19.00 Uhr Maringo, Rheinstraße 65, 12159 Berlin. Alle Termine ab 9.00 Uhr im Internet unter: <http://www.spdfraktion-berlin.de/berliner-stadtteiltage>

■ August-Bebel-Institut, **Ausstellungseröffnung: „Station Berlin“: Ausstellung zur Flüchtlingsproblematik**, Freitag, 7. Mai 2010, um 18.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Ausstellung bis zum 10. Juni montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr. Mehr Informationen im Internet: [www.station-berlin.info](http://www.station-berlin.info).

■ SPD Mitte - Abt. Schillerpark und ver.di Mitte / Nord, **Reinigungsaktion der Stolpersteine mit historischem Stadtrundgang**, Samstag, 8. Mai 2010, um 16.00 Uhr, ca. 1 Stunde. Treffpunkt Amsterdamer Str. / Ecke Müllerstr. Nähe U-Bhf. Seestr. bzw. Müllerstr.

■ Fachausschuss Stadt des Wissens/ AG Wissenschaft / Lars Oberg, MdB, **Gemeinsames und Trennendes in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik**, Diskussion mit Vertreter/innen von Bündnis 90 und Die Linke, Montag, 10. Mai 2010, um 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Ausstellungseröffnung: „Die Brücke zwischen mir und Dir“** - Mostars Jugend zwischen den Grenzen, Montag, 10. Mai 2010, von 17.00 bis 19.00 Uhr, GOETHE80, Goethestraße 80, 10623 Berlin, Anmeldung bitte an [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de)

■ AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Hochbegabung**, Referent: Max Queissner, schulpyschologischer Dienst Charlottenburg-Wilmersdorf, Mittwoch, 12. Mai, 18.30 bis 20.00 Uhr, Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin

■ Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Berliner Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention** über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Schwerpunkte und Forderungen von „Selbst Aktiv“, Mittwoch, 12. Mai, um 16.30 Uhr AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)

■ SPD Marzahn-Hellersdorf, **Infostand beim Biesdorfer Blütenfest**, Samstag, Sonntag, 15. und 16. Mai, von 10.00 bis 18.00, Nordpromenade Schlosspark, Oberfeldstraße, 12683 Berlin-Biesdorf

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Uschi Brüning**, Jazz- und Soulsängerin, Songautorin, Mittwoch, 19. Mai 2010, um 19.30 Uhr Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg | Der Eintritt ist frei! Kulturforum Stadt Berlin

■ „Echolot“ - Texte aus dem Mai 1945. **Heide Simon liest Kempowski**, Mittwoch, 19. Mai 2010, ab 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Der Eintritt ist frei - wir bitten um Spenden

■ AGS Berlin, **Jahreshauptversammlung der AGS Berlin mit Neuwahlen**, Mittwoch, 26.

Mai 2010, um 19.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Erica-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof Schöneberg, Beratung über das weitere Vorgehen nach der Übergabe des Diskussionspapiers an den Kreisvorstand, Donnerstag, 27. Mai, 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, [gue.schwarz@web.de](mailto:gue.schwarz@web.de)

■ Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - LV Berlin-Brandenburg e.V., **Jugendkongress des Bündnis für Demokratie und Toleranz**, 20.-23. Mai 2010 jeweils von 10-17 Uhr im Berliner Congress Center (bcc) am Alexanderplatz, Anmeldung ab 30. April unter: [www.jugendkongress-berlin.de](http://www.jugendkongress-berlin.de)

## S PRECHSTUNDEN

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder [eva.hoegl@wk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl@wk.bundestag.de). Nächste Termine: Montag, 10. Mai 2010, von 14.30 bis 16.30 Uhr.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de)

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) oder Tel. 720 13 884. Nächster Termin: Freitag, 7. Mai 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Betreuungswahlkreis Reinickendorf, SPD-Kreisbüro Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Bürgersprechstunde in Marzahn-Hellersdorf, Dienstag 13. April, 13.30 bis 15.30 Uhr, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 99 40 10 15. - Bürgersprechstunde in Lichtenberg, Dienstag 13. April, 16.00 bis 18.00 Uhr, Rathausstr. 7, 10367 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 97 60 67 30.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: [wolfgang.thierse@wk.bundestag.de](mailto:wolfgang.thierse@wk.bundestag.de). Betreuungskreis Treptow-Köpenick: Nächster Termin Dienstag, 11. Mai 2010, von 17.00 bis 18.15 Uhr, SPD Kreisbüro, Treptow-Köpenick, Grünauer Str. 8 (Hinterhaus), 12557 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 65496204

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Galerie im Kurt-Schumacher-Haus:

# Station Berlin

Wilmersdorfer Schüler organisieren Ausstellung zur Asylsuche

Das Menschenrecht auf Asylsuche und seine historische Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte war Gegenstand eines Projektes mit Hauptschülerinnen und -schülern der Rudolf-Diesel-Oberschule in Berlin Wilmersdorf. Ihre Eindrücke und Ergebnisse sind jetzt in einer Ausstellung zu sehen, die mit Unterstützung des August-Bebel-Instituts in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus gezeigt wird. Die Eröffnung ist am 7. Mai ab 18 Uhr.

An Projekttagen in der Schule und während einer Exkursion durch die flüchtlingspolitische Szene Berlins setzten sich die Schüler/innen mit dem Thema auseinander. Wer verlässt schon gerne seine Heimat? Aus welchen Gründen fliehen Menschen? Und was finden sie an den neuen Orten vor?

Die Ausstellung befasst sich u.a. mit der Verfolgung im Nationalsozialismus, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrech-



Ausstellungsvorbereitung. Foto: Station-Berlin.de

te als Antwort auf die Erfahrungen im Nationalsozialismus, der Asylrechtsdebatte in der Bundesrepublik Deutschland und der Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland heute. **BS** □

➡ Ausstellungseröffnung: 7. Mai, 18 Uhr, zu sehen bis zum 10. Juni montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr. Mehr Informationen im Internet: [www.station-berlin.info](http://www.station-berlin.info) Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

## KULTURTIPPS

**Die Dinge um uns.** Das Kulturforum Stadt Berlin und das Werkbundarchiv - Museum der Dinge laden am 5. Mai zu einer szenischen Lesung über Wilhelm Wagenfeld. Wagenfeld (1900 - 1990), Bauhaus-Schüler und Mitglied im Deutschen Werkbund, zählt zu den bedeutendsten Pionieren industrieller Produktgestaltung in Deutschland. Zu seinen bekanntesten Objekten gehört die Bauhaus-Tischlampe.

Unter dem Titel „Die Dinge um uns - Wilhelm Wagenfeld“ bringen Anne Konstanze Lahr und Wilm Heinrich aus Dresden das Leben und Schaffen des großen Entwerfers in einer anmutigen, bewegenden und informativen szenischen Lesung näher. Die Lesung verbindet Texte wie Briefe mit Originaltönen, Bildern und Entwürfen Wagenfelds. **BS** □

➡ Mittwoch, 5. Mai 2010, 19 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Eintritt: 7,00 Euro. Bitte melden Sie sich an unter [post@kultur-in-berlin.com](mailto:post@kultur-in-berlin.com).

# Echolot: Heide Simon liest Texte aus dem Mai 1945

Mit seinem zehnbändigen „Echolot“ ist der Schriftsteller Walter Kempowski tief in die deutsche Vergangenheit eingedrungen. Aus vielen ihm zur Verfügung gestellten privaten Notizen, Tagebüchern und Dokumenten hat er zusammen mit Zeitungsberichten und Rundfunkansprachen eine Art kollektives Tagebuch über den Zweiten Weltkrieg geschaffen. Die Schauspielerin Heide Simon hat jetzt für eine Lesung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus Texte aus dem Mai 1945 ausgewählt.

65 Jahre liegt das Ende des 2. Weltkriegs in diesem Jahr zurück. Die Ereignisse aus

der Schlussphase des Kriegs ruft Heide Simon mit der Lesung aus dem „Echolot“ in Erinnerung, zu der das Kulturforum Stadt Berlin und die Berliner Stimme am Mittwoch, dem 19. Mai ab 19 Uhr in die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus einladen.

„Wie bei Kempowski prallen die Texte und Schicksale aufeinander: Unbekannte Stimmen von Soldaten, KZ-Häftlingen, Frauen und Kindern treten mit den Worten von Paul Valéry, Erich Kästner und Viktor Klemperer in Beziehung“, schrieb der Tagesspiegel über eine frühere Lesung. Und er bescheinigte der Schauspielerin: „Die Wirkung der Kempowski-Komposition ist enorm und potenziert sich durch den Puris-

mus, den Heide Simon dem Stimmenchaos entgegensetzt.“

Heide Simon, die den Unbekannten ihre Stimme gibt, trat unter anderem am Schauspielhaus Bochum, am Schauspiel Frankfurt, an der Volksbühne Berlin und am Bayerischen Staatsschauspiel auf. Fernsehzuschauer kennen sie aus dem Tatort und Polizeiruf 110. **U.H.** □

➡ „Echolot“ - Texte aus dem Mai 1945. Heide Simon liest Walter Kempowski. Mittwoch, 19. Mai ab 19 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Der Eintritt ist frei - wir bitten um Spenden. Anmeldungen sind unter [www.spd-berlin.de/echolot](http://www.spd-berlin.de/echolot) erbeten.